



# Tunesien: Bürgernahe Kommunen

Mehr Transparenz, Bürgerorientierung und Beteiligungsmöglichkeiten in kommunalen Angelegenheiten. Im Fokus: Frauen und Jugendliche.

Sonderinitiative Nordafrika, Nahost  
Aktionsfeld:  
Demokratisierung



## Herausforderung

Die rasch wachsenden Städte und Gemeinden in Tunesien sind oftmals von Armut, Wohnungsnot, informeller Bebauung, Umweltverschmutzung sowie sozialen Spannungen geprägt. Gleichzeitig befindet sich das Land seit der Revolution von 2011 in einem umfassenden demokratischen Transformationsprozess. Ein wichtiger Teil dessen ist eine stärkere kommunale Selbstverwaltung, um den genannten Herausforderungen zu begegnen.

Die Bevölkerung fordert von den Kommunen Transparenz, Rechenschaftslegung, mehr Beteiligungsmöglichkeiten und Bürgerorientierung. Vielerorts herrscht jedoch eine zentralistische sowie wenig bürger- und serviceorientierte Verwaltungskultur. Das gilt besonders für das strukturschwache Hinterland. Zudem nutzen Frauen und Jugendliche ihre politischen und bürgerlichen Rechte bisher nur wenig.

Für die weitere soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes sind gut geführte Kommunen und ein konstruktives sowie vertrauensvolles Verhältnis zwischen Verwaltungen und Bürgerschaft von großer Bedeutung. Dafür muss die zentralistisch ausgerichtete Verwaltung bürgerfreundlicher und effizienter organisiert werden.

## Lösungsansatz

Das Vorhaben arbeitet mit Fach- und Führungskräften verschiedener Verwaltungsebenen zusammen. Es unterstützt Mitarbeiter/innen der Ministerien und lokalpolitische Entscheidungsträger unter anderem dabei, ihre Dienstleistungsorientie-

rung und die Transparenz von Entscheidungen zu verbessern. Darüber hinaus berät es Vertreterinnen und Vertreter von Jugendverbänden und Frauenorganisationen, damit sie ihre Forderungen und Ideen besser einbringen und politische Entscheidungsprozesse mitgestalten können.

Ausgewählte Kommunen werden bei der Einrichtung von Bürgerbüros und bei der Einführung von partizipativen Elementen in der Haushaltsplanung unterstützt. Zudem fördert das Vorhaben die effiziente Organisation von kommunalen Verwaltungsabläufen und unterstützt die Aus- und Weiterbildung von Kommunalbediensteten.

Projektname	Initiative für Kommunalentwicklung
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektgebiet	Ausgewählte Kommunen mit Schwerpunkt im strukturschwachen Hinterland
Politischer Träger	Tunesisches Ministerium für lokale Angelegenheiten und Umwelt
Nationale Partner	Tunesischer Städteverband FNVT (Fédération Nationale des Villes Tunisiennes); Fortbildungszentrum CFAD (Centre de Formation et d'Appui à la Décentralisation)
Gesamtlaufzeit	01/2015 bis 09/2019
Finanzvolumen	5,14 Mio. Euro

Durch die Förderung von Jugendinitiativen und Frauennetzwerken in den Partnerkommunen soll die Teilhabe von Frauen und jungen Menschen an kommunalen Entscheidungsprozessen



Foto links: Begeistert beteiligen sich Jugendliche und Kommunalbeamte an einer gemeinsamen Fortbildung zum Thema Jugendbeteiligung in ihrer Kommune. © GIZ/Ramla Ayadi

Foto rechts: Eine junge Frau stimmt bei einem Bürgerforum in La Manouba darüber ab, in welche Infrastrukturprojekte ihre Kommune investieren wird. © GIZ/Firas Ben Khelifa

## KONTAKTPERSON

Dieter Kattermann  
dieter.kattermann@giz.de

verbessert werden. Dies leistet einen Beitrag zur Vertrauensbildung zwischen Bürger/innen und den Gemeinden.

Das Vorhaben ist Teil der Sonderinitiative des BMZ zur Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika und Nahost. Mit den Projekten der Sonderinitiative trägt das Ministerium dazu bei, wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Menschen in der Region zu schaffen. In diesem Rahmen stehen für Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2014 bis 2021 bisher mehr als 300 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Im Fokus stehen dabei die Themenbereiche Jugend- und Beschäftigungsförderung, wirtschaftliche Stabilisierung, Demokratisierung sowie die Stabilisierung von Nachbarländern in Krisensituationen.

## Wirkungen in Zahlen...

2015 wurden fünf Städte bei der Durchführung eines Ideenwettbewerbs für Jugendliche begleitet. Eine Jury wählte elf kreative Projektideen aus, die anschließend umgesetzt wurden. Sie beschäftigten sich mit Themen wie Umweltschutz, Kultur oder politischer Beteiligung. In zehn Kommunen wurden zudem Jugendaktionspläne auf den Weg gebracht. Diese enthalten beispielsweise die Einführung von Jugendgemeinderäten, über die Jugendliche ihre Themen in die Politik einbringen können. Darüber hinaus werden in fünf Städten Frauennetzwerke unterstützt. Sie arbeiten eng mit insgesamt 150 lokal engagierten Frauen als Multiplikatorinnen zusammen, um andere Frauen zur Beteiligung an der Kommunalpolitik anzuregen.

In sechs Kommunen wurden Elemente eines gemeinsam mit der Bevölkerung aufgestellten Bürgerhaushalts in die Haushaltsplanung 2015 beziehungsweise 2016 integriert. Mehr als 3400 Bürgerinnen und Bürger stimmten dort in insgesamt 31

Foren darüber ab, welche Verbesserungsmaßnahmen in ihrem Stadtteil vorrangig sind. Neue Bürgerbüros gibt es bisher in acht Kommunen – von ihnen profitieren potenziell rund 386.000 Menschen. Bis 2019 wird die Zahl der Bürgerbüros auf mindestens 17 steigen. Insgesamt soll so die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Dienstleistungen ihrer Gemeinde zunehmen und der Zugang erleichtert werden.

## ...und Gesichtern

„Ich bin gekommen, um eine Geburtsurkunde ausstellen zu lassen“, erzählt Bechir Bel Kilani, der im Bürgerbüro seiner Stadt Menzel Bourguiba steht. Diese Anlaufstelle bietet den Bürgerinnen und Bürgern kommunale Dienstleistungen aus einer Hand, sorgt so für mehr Effizienz und Transparenz und erspart den Bürger/innen eine Vielzahl von langwierigen Behördengängen. „Einmal habe ich meinen Cousin begleitet, der eine Baugenehmigung beantragt hat. Es war sehr einfach, alle nötigen Dokumente an einem einzigen Schalter abgeben zu können“, berichtet Bechir Bel Kilani. Zuvor führten die langen Wartezeiten in der Gemeindeverwaltung zu Unmut bei der Bevölkerung, die Menschen stießen auf viele verschlossene Türen. Heute ist die Offenheit im Bürgerbüro spürbar: Es gibt keine Mauern mehr, dafür aber viel Glas. Bel Kilani lobt: „Der Kontakt zu den Beamten ist viel besser geworden.“



*Bechir Bel Kilani zieht ein Ticket im Bürgerbüro und weiß anhand seiner Nummer, dass er als nächster an der Reihe sein wird.  
Foto: GIZ/  
Ramla Ayadi*

Herausgeber Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Referat 210 – Grundsatzfragen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit MENA; Nordafrika; Mittelmeerpolitik

Postanschrift der BMZ-Dienstsitze  
BMZ Berlin | Im Europahaus  
Stresemannstraße 94  
10963 Berlin  
T +49 (0)30 18 535-0  
F +49 (0)30 18 535-2501

BMZ Bonn  
Dahlmannstraße 4  
53113 Bonn  
T +49 (0)228 99 535-0  
F +49 (0)228 99 535-3500

poststelle@bmz.bund.de  
www.bmz.de

Redaktion Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Abteilung Nordafrika

Sitz der Gesellschaft  
Bonn und Eschborn

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5  
65760 Eschborn  
T +49 61 96 79-11 75  
F +49 61 96 79-11 15

www.giz.de

Autor(en) Kathrin Faltermeier/Maximilian Kurz

Gestaltung GIZ

Stand 04/2017